Studie zur UNO-Behindertenrechts-Konvention im Kanton Zürich: Die wichtigsten Punkte



Wer hat die Studie gemacht?

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat die Studie gemacht.

Die Behindertenkonferenz Kanton Zürich (BKZ) hat der ZHAW den Auftrag für die Studie gegeben.

Diese Abteilungen der ZHAW arbeiteten an der Studie mit:

- Das Zentrum für Sozialrecht (ZSR)
- Das Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe (IVGT)
- Das Institut f
 ür Sozialmanagement (ISM)

An der Studie arbeiteten auch eine **Steuergruppe** und eine **Echogruppe** mit. Die Aufgabe von der Steuergruppe war es, die Studie zu leiten und bestimmte Entscheide zu treffen. Zum Beispiel über die Themen in der Studie. Die Aufgabe von der Echogruppe war es, zur Studie eine Rückmeldung zu geben. In beiden Gruppen hatte es Personen mit und ohne Behinderung.

Wer hat die Studie bezahlt?

Das Sozialamt des Kantons Zürich hat die Studie bezahlt.

Wie lange dauerte die Studie?

Die Studie dauerte von August 2017 bis Juli 2018.

Worum geht es in der Studie?

In der Studie geht es um die folgende Frage:

Was muss der Kanton Zürich tun, um die **UNO-Behindertenrechts-Konvention** (**UNO-BRK**) einzuhalten?

Oder anders gefragt: Welchen **Handlungsbedarf** gibt es im Kanton Zürich, damit der Kanton Zürich die UNO-BRK einhält?

Was wurde alles untersucht?

In der Studie wurden die folgenden Bereiche untersucht:

- Politik zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung
- Bildung
- Kultur, Freizeit und Sport
- · Gebäude und Verkehr
- Selbstbestimmtes Leben, selbständiges Wohnen, persönliche Mobilität
- Arbeit und Beschäftigung
- Gesundheit

Die Studie gibt zu jedem Bereich eine Übersicht mit Informationen zu den Gesetzen.

Ausserdem macht die Studie an manchen Stellen Vorschläge, wie der Kanton Zürich die UNO-BRK besser einhalten kann. Das Ziel dieser Vorschläge ist, dass der Kanton Zürich die UNO-BRK vollständig einhält.

Wie wurde die Studie gemacht?

Die Studie wurde in 4 Schritte aufgeteilt:

1. Schritt

Im 1. Schritt wurden verschiedene Berichte zur UNO-BRK untersucht. Es wurde bestimmt, welche Bereiche die Studie untersuchen soll.

2. Schritt

Im 2. Schritt wurde Folgendes untersucht:

- Die Gesetze
- Beschlüsse des Regierungsrats
- Zeitungsartikel
- Texte aus dem Internet

Zusätzlich wurde eine Umfrage zum Handlungsbedarf gemacht. Dazu wurden 33 Fachpersonen aus dem Kanton und den Gemeinden befragt. Sie wurden gefragt, was der Kanton Zürich aus ihrer Sicht verbessern muss.

3. Schritt

Im 3. Schritt wurde untersucht,

- wie die Situation im Kanton Zürich heute ist und
- welche Verpflichtungen der Kanton Zürich durch die UNO-BRK hat.

4. Schritt

Im 4. Schritt machte die Studie Vorschläge, wie der Kanton Zürich die UNO-BRK besser einhalten kann.

Die Echogruppe, die Steuergruppe und externe Fachpersonen sagten, ob sie die Vorschläge gut finden.

Wer hat an der Studie teilgenommen?

An der Studie nahmen 33 Fachpersonen aus dem Kanton und den Gemeinden teil. Sie wurden telefonisch und in persönlichen Gesprächen befragt.

Es nahmen auch 2 externe Fachpersonen an der Studie teil. Diese kennen sich besonders gut aus im Bereich der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Was sind die Ergebnisse der Studie?

Die Studie zeigt:

- Der Kanton Zürich hält die UNO-BRK nicht überall ein.
- Der Kanton Zürich braucht einen Plan, wie er die UNO-BRK einhalten kann.
- Der Kanton Zürich muss einige Dinge ändern, damit er die UNO-BRK einhält.

Die Studie macht 3 Empfehlungen:

- Der Kanton Zürich soll eine neue Abteilung schaffen.
 Diese Abteilung kümmert sich um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Und sie schaut, dass der Kanton Zürich die UNO-BRK einhält.
- 2. Der Kanton Zürich soll einen Plan erstellen, in dem Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung stehen.

Der Plan muss verbindlich und überprüfbar sein.

Die Massnahmen zeigen:

Diese Dinge ändert der Kanton Zürich, um die UNO-BRK einzuhalten.

3. Der Kanton Zürich soll den Zugang zu seinen Informationen verbessern: Menschen mit Behinderung sollen Informationen vom Kanton Zürich verständlich und ohne Barrieren bekommen (barrierefreie Kommunikation).

Was muss noch genauer untersucht werden?

Für die Studie war nicht viel Geld verfügbar. Es konnte deshalb nicht alles untersucht werden.

Folgende Punkte müssen noch genauer untersucht werden:

- Die Gesetze des Kantons Zürich
- Massnahmen, wie die Rechte von Menschen mit Behinderung noch mehr gestärkt werden können.